

2. Juli 2010

## **Senatsvorsitzende: Sparprogramm für Universitäten gefährdet Österreichs Zukunft**

**Utl.: Studienplätze müssen ausreichend finanziert werden**

**Die Senatsvorsitzenden der österreichischen Universitäten haben sich am 28. Juni 2010 zu einer Sitzung an der Universität für Bodenkultur in Wien versammelt. Sie hielten fest, dass die großen Probleme der Universitäten im Bereich der Studierendenbetreuung nach wie vor ungelöst sind. Alle Kraftanstrengungen um Qualitätsverbesserung der Lehre, Einwerbung von Drittmitteln und gezielten Ressourceneinsatz können nicht jene Defizite ausgleichen, die durch steigende Studierendenzahlen laufend entstehen.**

Die Ankündigung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF), die Universitätsbudgets ab 2012 einzufrieren, ist daher wahrlich besorgniserregend.

Die Senate – jene Leitungsgremien der Universität, in denen sämtliche Universitätsangehörige repräsentiert sind – sehen in dieser Entwicklung nicht nur eine untragbare Belastung des gesamten Universitätspersonals. Sie weisen vor allem darauf hin, dass sie ihre Aufgabe der verantwortungsvollen Sorge für die Bildung der ihnen anvertrauten Studierenden nicht mehr nach europäischen Qualitätsstandards wahrnehmen könnten. Die völlige "Sperrung" überfüllter Bachelorstudiengänge für Neuzulassungen, wie das BMWF sie beispielsweise für die Universität Klagenfurt in den Raum stellt, kann wohl keine nachhaltige Problemlösung sein.

### **Österreichs Universitäten sollen Unmögliches leisten**

Zum wiederholten Mal ist auf die völlig unzureichende staatliche Finanzierung der Universitäten zu verweisen. Die Senatsvorsitzenden halten es für unumgänglich, das Universitätsbudget bis 2015 kontinuierlich auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen. Die Lehre der Universitäten ist nach Maßgabe jener Studienplätze zu finanzieren, deren Angebot man von ihnen in den einzelnen Studienrichtungen erwartet. Nur dies wird "Kostenwahrheit" für die Lehre an den Universitäten erzeugen.

Mit Nachdruck fordern die Senatsvorsitzenden Wissenschaftsministerin Beatrix Karl daher dazu auf, statt der Ankündigung weiterer Sparmaßnahmen sich in der Bundesregierung für die Umsetzung dieser Forderung einzusetzen. Es wird den Universitäten sonst unmöglich gemacht, die nächste Generation von Akademikerinnen und Akademikern heranzubilden und mit ihnen unser Land in die Zukunft zu führen.